

Gemeinsam für einen Wandel der Agrarpolitik



Foto: NABU/Klemens Karkow

LivingLand-Initiative

Gemeinsam für eine gesunde und faire Landwirtschaft

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU ist gescheitert. Sie verhindert weder Arten- noch Höfesterben. 60 Milliarden Euro werden von der EU jedes Jahr an Agrarbetriebe verteilt. Setzt ein Landwirt sich besonders für Naturschutz, Ernährung oder Gesellschaft ein, wird das aber kaum belohnt. Landwirte, Verbraucher und Natur haben eine bessere Landwirtschaftspolitik verdient.

BUND, Deutscher Naturschutzring, NABU und WWF Deutschland engagieren sich gemeinsam mit anderen europäischen Umwelt-NGOs für eine nachhaltige, naturverträgliche und faire Agrarpolitik. Mit der Initiative LivingLand setzen wir uns für eine starke Reform und einen grundlegenden Wandel ein.



EU-Agrarpolitik ab 2020

Verbände und Unternehmen fordern eine starke Reform für Europas Landwirtschaft

Europaweit rufen Verbände, Unternehmen und Institutionen EU-Agrarkommissar Hogan dazu auf, einen mutigen Vorschlag für eine andere Landwirtschaftspolitik vorzulegen. Zur Halbzeit der laufenden Bürgerbefragung des Kommissars zur EU-Agrarpolitik veröffentlichte das Verbändebündnis „LivingLand“ die Logos der bereits teilnehmenden Organisationen. Unter den bisher fast 200 Unterstützern finden sich neben Umweltverbänden aus ganz Europa auch Unternehmen wie Alnatura, der Kosmos Verlag und Veolia Deutschland. Aber auch eine Vielzahl kleiner und mittelständischer Unternehmen sowie Organisationen aus den Bereichen Ernährung, Kosmetik, Wissenschaft, Medien und Tourismus engagieren sich. Sie fordern gemeinsam eine zukunftsfähige Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik in Europa. Diese muss gesund und fair für alle sein, mit kurz- und langfristigem Nutzen für alle Menschen, einschließlich der Landwirte, und für die Natur.

Was läuft in der EU-Agrarpolitik schief?

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Landwirtschaft durch eine immer intensivere Nutzung zum größten Faktor für das Artensterben in Europa entwickelt. Lebensräume für Arten der Agrarlandschaft gehen verloren, starker Pestizideinsatz führt zum drastischen Rückgang von Insekten. Auf der anderen Seite führt auch die Aufgabe von naturverträglich bewirtschafteten Flächen zum Rückgang der biologischen Vielfalt. Die Umwelt insgesamt ist stark betroffen: Die Massentierhaltung sorgt für eine Überdüngung des Bodens, was unser Grundwasser stellenweise stark mit Nitrat belastet. Die Emissionen der Landwirtschaft befeuern auch den Klimawandel. Für diese Missstände ist die EU-Förderpolitik, zwar nicht allein, aber zu einem großen Teil mitverantwortlich. Flächenbezogene Subventionen per „Gießkanne“ führen zu umweltschädlicher Intensivierung, während zu wenig Mittel für die gezielte Honorierung von Naturschutzleistungen der Landwirte bereit stehen. Jedes Jahr fließen etwa 40 Prozent des EU-Haushalts in die EU-Agrarförderung. Dies entspricht etwa 60 Milliarden Euro. Im Durchschnitt bezahlt jede Bürgerin und jeder Bürger der EU derzeit über die

Steuern jährlich 112 Euro für die EU-Agrarpolitik. Gerade im größten EU-Beitragszahlerstaat Deutschland sinkt die Akzeptanz für diese Subventionen rapide. Die teure Agrarpolitik ist nicht nur umweltschädlich – sie bietet den meisten Landwirten auch keine gute wirtschaftliche Perspektive und steht wegen des Tierschutzes stark in der Kritik.

Agrarpolitik geht alle an!

Nicht nur für Verbraucher, Steuerzahler, Bauern und den Lebensmittelhandel steht viel auf dem Spiel, wenn die Landwirtschaftsförderung nach 2020 verhandelt wird. Auch unser europäisches Naturerbe und das Klima sind betroffen. Das Thema ist zu wichtig, um es alleine Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt und anderen Agrarpolitikern zu überlassen.

Die Unternehmen und Organisationen fordern eine Politik die „fair, ökologisch nachhaltig, gesund und global verantwortungsvoll“ sein muss. Die derzeitige Agrarpolitik zwingt immer mehr Betriebe in eine immer intensivere Produktion, auf Kosten der Allgemeinheit und künftiger Generationen. Zudem hängt die wirtschaftliche Zukunft vieler Unternehmen von sauberem Wasser, unbelasteten Böden und attraktiven, vielfältigen Erholungslandschaften ab. So wird es beispielsweise für Wasserwerke immer teurer, das durch Überdüngung eingetragene Nitrat aus dem Grundwasser zu entfernen.

Das aktuelle Fördersystem ist völlig fehlgeleitet, denn die Allgemeinheit wird doppelt zur Kasse gebeten: Erst für die pauschalen Subventionen und dann für die Reparatur der dadurch verursachten Umweltschäden. Wir brauchen eine Agrarpolitik, die von vornherein diejenigen fördert, die sorgsam mit Wasser, Boden und Artenvielfalt umgehen und aktiv etwas für die Gesellschaft leisten.

Alle an einer Reform interessierten Verbände und Unternehmen sind jetzt dazu aufgerufen, sich spätestens bis Ende April der „LivingLand“-Initiative anzuschließen. Auf diese Weise kann Einfluss genommen werden auf die Vorschläge des EU-Agrarkommissars, die für November 2017 erwartet werden.

Wir wollen eine EU-Agrarpolitik, die folgende Ziele erfüllt:

Fair: für Landwirte und ländliche Regionen

Ökologisch nachhaltig: für reine Luft und sauberes Wasser, gesunde Böden und die Vielfalt von Tieren und Pflanzen

Gesund: für gute Lebensmittel und das Wohlergehen aller Menschen

Mit globaler Verantwortung: für den Klimaschutz und eine nachhaltige Entwicklung weltweit



Imagine ...

... eine andere Agrarpolitik!

Stellt Euch vor, der Agrarkommissar hört allen gut zu...

...und schlägt dann eine ganz neue Landwirtschafts- und Ernährungspolitik vor. Ein Vorschlag, der anschließend von allen relevanten Ministerräten und Parlamentsausschüssen, von Experten aller Disziplinen und Interessensvertretern verschiedener Bereiche diskutiert wird. Also nicht nur vom Agrarministerrat und dem entsprechenden Ausschuss des Europäischen Parlaments, sondern auch von den Umwelt- und Gesundheitsministern, den Fachleuten für Ernährung, Raumplanung und Tourismus, von den Naturschutz- und Landwirtschaftsverbänden, von Tierschützern und Jägern, Krankenkassen und Wasserwerken. Und der natürlich schließlich von den Regierungen der Mitgliedsstaaten und dem Europäischen Parlament demokratisch verhandelt und beschlossen wird.

Und stellt Euch vor, wir hätten am Ende eine Politik, die fair ist.

Und zwar zu Steuerzahlern, Landwirten, Verbrauchern und künftigen Generationen gleichermaßen. Das heißt eine, die Landwirten hilft, auf eine nachhaltige Produktion umzusteigen und dafür dauerhaft gute Preise zu erzielen. Dann werden nicht mehr auf Staatskosten Umweltschäden produziert, für die die Allgemeinheit heute und in Zukunft teuer bezahlen muss.

Stellt Euch vor, wir hätten eine Politik, die ökologisch nachhaltig ist.

Das heißt eine, die mit attraktiver Förderung Landwirten und Waldbesitzern hilft, das Netz unseres Lebens, die Biodiversität, wieder herzustellen anstatt sie zu zwingen es weiter zu zerstören. Eine Politik, die aber auch das Grundwasser, Boden und Artenvielfalt mit gesetzlichen Vorgaben schützt, damit wir dort auch künftig gute Lebensmittel produzieren können.

Stellt Euch vor, diese Politik wäre gesund.

Gesund im Sinne von guter Ernährung für alle, aber auch im Sinne einer Produktion, die gesund für unseren Planeten ist. Eine Politik, die nicht die Verwendung von mehr und mehr Pestiziden belohnt, sondern den Verzicht auf diese. Eine, die nicht durch Überdüngung dazu führt, dass wir immer aufwändiger das Grundwasser säubern müssen.

Und stellt Euch vor, diese Politik wäre global verantwortungsvoll.

Wir würden nicht mehr arme Länder mit billigen Lebensmitteln überschwemmen, unser Geflügel würde nicht mehr mit Soja von gerodeten Regenwaldflächen gefüttert und unsere Agrarindustrie trüge nicht mehr zum Klimawandel bei, der zu Not und Flucht in vielen Teilen der Welt führt. Stattdessen wäre die EU ein Vorreiter für eine qualitativ hochwertige Nahrungsmittelproduktion. Handel wäre fair, und der Export würde nicht länger als Allheilmittel für die heimischen Betriebe propagiert.

Das ist die Vision von LivingLand.

Konstantin Kreiser

www.blogs.nabu.de/naturschaetze-retten





Seien Sie dabei!

Schließen Sie sich unserer LivingLand-Vision an!

Machen Sie sich jetzt mit uns stark für eine nachhaltige, naturverträgliche und faire EU-Agrarpolitik. Bitte stellen Sie uns Ihr Logo für unsere Initiative LivingLand zur Verfügung. Als große gesellschaftliche Bewegung setzen wir uns damit auf EU-Ebene für eine Agrarreform ein.

- >>> [LivingLand-Website www.living-land.de](http://www.living-land.de)
- >>> [europaweite Webseite www.living-land.org](http://www.living-land.org)

Alle an einer Reform interessierten Verbände und Unternehmen sind jetzt dazu aufgerufen, sich spätestens bis Ende April der „LivingLand“-Initiative anzuschließen. Auf diese Weise kann Einfluss genommen werden auf die Vorschläge des EU-Agrarkommissars, die für November 2017 erwartet werden.



Foto: Ina Ebert



EU-weite Bürgerbefragung zu künftiger Ausrichtung der Agrarpolitik

Ihre Stimme für eine bessere Landwirtschaft!

Bis zum **2. Mai** haben alle Bürgerinnen und Bürger die Chance, ihr Votum abzugeben, wie es mit der EU-Agrarpolitik und besonders den derzeit 60 Milliarden Euro Subventionen – und damit 40 Prozent des EU-Haushalts – weitergehen soll. Die Ergebnisse sollen in die Vorschläge zur Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik einfließen, die EU-Agrar-Kommissar Hogan Ende 2017 vorlegen muss.

>>> [Link zur EU-Bürgerbefragung „Modernisierung und Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik \(GAP\)“](#)

An der Befragung können alle Bürgerinnen und Bürger teilnehmen, aber auch Unternehmen, Organisationen, Verbände, Kirchen und staatliche Einrichtungen.

Die Konsultation ist mit über 30 teilweise überaus spezifischen Fragen, sehr umfangreich und komplex. Der Fragebogen besteht aus Multiple-Choice-Fragen und offenen Fragen. Der NABU hat mit seinen europäischen Partnerorganisationen eine kommentierte Antwortempfehlung entwickelt.

>>> [Link zur Ausfüllhilfe zur Bürgerbefragung als PDF*](#)

*Bitte beachten: Um Text aus dem PDF kopieren zu können, laden sie es bitte herunter und öffnen es im Acrobat Reader. In der Browseransicht besteht diese Möglichkeit leider nicht.

Jetzt mitmachen!

Fragebogen ausfüllen

bis zum 2. Mai





Fit, fair und Nachhaltig Vorschläge für eine neue EU-Agrarpolitik

Der NABU fordert aufgrund der anhaltend schlechten Umweltbilanz der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) drastische Änderungen von der Politik. Deswegen gab er beim Institut für Agrarökologie und Biodiversität (IFAB) eine Studie in Auftrag. Diese berechnet erstmals anhand von konkreten Modellen, wie die Agrarsubventionen in Zukunft so verteilt werden können, dass Landwirte und Umwelt gleichermaßen profitieren. Kern des Gutachtens ist ein Modell, das die ineffiziente „Gießkannenförderung“ durch Prämien für nachhaltige Wirtschaften und Naturschutzleistungen ersetzt. Insgesamt fließen derzeit 40 Prozent des EU-Haushalts, das

sind jährlich rund 60 Milliarden Euro, in die Landwirtschaft. Das entspricht im Durchschnitt 112 Euro pro EU-Bürger und Jahr. Die EU-Förderung besteht zum größten Teil aus pauschalen Flächenprämien ohne konkrete Gegenleistung – in Deutschland sind das pro Hektar rund 300 Euro. Diese nach Ansicht des NABU äußerst ineffiziente Agrarpolitik hält weder das Höfesterben auf, noch wird sie dem Klima- und Naturschutz gerecht. Sie liefert Anreize zur Intensivierung und stellt nicht genug Geld für Umweltleistungen zur Verfügung.

>>> [Studie „Fit, fair und nachhaltig...“](#)



Foto: Ina Ebert

Aus der Studie „Fit, fair und nachhaltig – Vorschläge für eine neue EU-Agrarpolitik“ zieht der NABU folgende Schlussfolgerungen:

1. Die gegenwärtige GAP hat eine eindeutig negative Umweltbilanz. Auch mit der jüngsten Reform kann die EU ihre Umwelt- und Naturschutzziele nicht erreichen. Die GAP bedarf dringender und grundlegender Veränderung.
2. Eine nachhaltige Agrarpolitik muss auf einem ausreichend anspruchsvollen, für alle geltenden und konsequent durchgesetzten Ordnungsrecht aufbauen. Unabhängig davon, ob Förderung in Anspruch genommen wird, darf künftig kein Betrieb mehr umweltschädlich wirtschaften.
3. Die gegenwärtig für die Agrarförderung verausgabten Steuermittel könnten in einer grundlegend reformierten GAP wesentlich effizienter und mit einem erheblich größeren gesellschaftlichen Mehrwert eingesetzt werden, als dies derzeit der Fall ist.
4. Die Studie schlägt ein alternatives Fördermodell vor, bei dem die gegenwärtigen – de facto bedingungslosen – pauschalen Direktzahlungen ersetzt werden durch Prämien, die an konkrete Nachhaltigkeitskriterien geknüpft sind. Wie hoch die Zahlungen für den einzelnen Betrieb ausfallen, ist auch abhängig davon, in welchem Umfang zielgenaue Maßnahmen zum Beispiel für den Erhalt der Artenvielfalt umgesetzt werden. Dabei werden nicht nur Einkommensverluste ausgeglichen, sondern attraktive ökonomische Anreize geboten.
5. Durch diese Form der Agrarförderung können deutlich mehr Landwirte in die Lage versetzt werden, wertvolle Natur- und Umweltleistungen für die Gesellschaft zu erbringen. Nach dem Prinzip: „Öffentliche Gelder (nur) für öffentliche Leistungen“.



6. Die Berechnungen der Studie zeigen, dass viele deutsche Agrarbetriebe nach diesem Modell ihr Einkommen verbessern könnten, wenn sie sich in größerem Umfang für die Erbringung konkreter Leistungen für Umwelt und Artenvielfalt entscheiden und bestimmte Nachhaltigkeitskriterien einhalten, wie Mindestanteile von ökologisch hochwertigen Flächen oder Obergrenzen für den Viehbesatz pro Fläche.
 7. Es müssen sinnvolle Wege zur Vereinfachung und zur Sicherstellung einer angemessenen Kontrollierbarkeit im Fördersystem gefunden werden, der Erfolg der Maßnahmen darf dabei jedoch nicht gefährdet werden.
- Über die Studie hinausgehend gibt der NABU zu bedenken:**
8. Der für die Berechnungen innerhalb der Studie angenommene gleichbleibende Umfang der EU-Agrarförderung für Deutschland ist ein vereinfachender Ausgangspunkt für weitere Szenarien. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird der EU-Agrarhaushalt nach 2020 wegen des Brexit und aufgrund der sinkenden politischen Akzeptanz für eine Sonderstellung der Landwirtschaft deutlich kleiner ausfallen als bisher. Dabei muss nach Ansicht des NABU gelten: Je kleiner das künftige Agrarbudget, desto größer muss der Anteil zielgenauer, hocheffektiver Fördermaßnahmen und desto anspruchsvoller muss das Ordnungsrecht sein, damit die gleichen Ziele für Umwelt- und Naturschutz erreicht werden können. Breit angelegte, schwach konditionierte und somit eher ineffiziente Zahlungen sind in diesem Fall noch weniger zu rechtfertigen als heute.
 9. Wenn es gelingt, die GAP gezielt und effizient an Gemeinwohl, Nachhaltigkeit und den ökologischen Herausforderungen der Zukunft auszurichten, dann besteht die Chance, dass Politik und Gesellschaft auch in Zukunft bereit sind, eine bedeutende Summe von Steuermitteln für die Unterstützung von Landwirten bereit zu stellen.
 10. Die vorgelegte Studie bezieht sich in erster Linie auf Deutschland, kann aber im Prinzip auch auf andere EU-Mitgliedsstaaten übertragen werden. Dennoch muss weiter untersucht und diskutiert werden, welche Agrar- und Ernährungspolitik EU-weit am effektivsten zu einer wirklich nachhaltigen Landwirtschaft beitragen kann. Dabei muss ein System gefunden werden, das für alle EU-Mitgliedsstaaten die beste Balance zwischen konsequent vollzogenem Ordnungsrecht und zielgenauer, gesellschaftlich akzeptabler öffentlicher Förderung ermöglicht.
 11. Unabhängig von einer Neuausrichtung der GAP muss nach Ansicht des NABU und weiterer deutscher Umweltverbände ein EU-Naturschutzfonds eingerichtet werden, um Arten und Lebensräume von EU-weiter Bedeutung mit gezielten Maßnahmen wieder in einen günstigen Zustand zu versetzen. Dazu sollte die EU mindestens 12 bis 15 Milliarden Euro jährlich bereit stellen. Viele dieser Maßnahmen können und sollen von Landwirten und Waldbesitzern umgesetzt werden, weshalb der Naturschutzfonds eine reformierte, naturverträgliche und nachhaltige GAP komplementär ergänzen sollte.

>>> [NABU-Hintergrundpapier „Fit, fair und nachhaltig...“](#)